

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem 10.02.2021 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:36 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender des Kreisausschusses:

Schulze Pellengahr, Christian, Dr.

CDU-Kreistagsfraktion

Egger, Hans-Peter
Klaus, Markus
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Lütkecosmann, Josef
Pohlmann, Franz
Schulze Easking, Werner
Selhorst, Angelika
Willms, Anna Maria (Anni)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Jansen, Patrick
Oertel, Waltraud
Spallek, Anne-Monika, Dr.
Vogelpohl, Norbert

SPD-Kreistagsfraktion

Pohlschmidt, Anke
Vogt, Hermann-Josef
Waldmann, Johannes

FDP-Kreistagsfraktion

Höne, Henning (bis 18.18 Uhr)

UWG-Kreistagsfraktion (beratend)

Lunemann, Heinz-Jürgen

Verwaltung

Helmich, Ulrich
Schütt, Detlef
Tepe, Linus, Dr.
Brockkötter, Ulrike
Heuermann, Wolfgang
Strotmann, Sabrina
Reiss, Ines (Schriftführung)

Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die in der heutigen Sitzung pandemiebedingt erneut in der Funktion des Kreistages im Rahmen der Delegation nach § 50 Abs. 4 KrO NRW beraten.

Weiter begrüßt er Bürgermeister Gottheil (Gemeinde Rosendahl) und Bürgermeister Sendermann (Stadt Olfen), die in der heutigen Sitzung die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld vertreten, und sodann die Kreistagsmitglieder sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die die Sitzung online verfolgen. Er gibt entsprechende technische Hinweise zur Übertragung der Sitzung und schlägt aufgrund der aktuellen Lage ein zügiges Vorgehen vor.

Anschließend stellt Landrat Dr. Schulze Pellengahr gem. § 5 der GeschO fest, dass der Kreisausschuss gem. § 1 (1) GeschO ordnungsgemäß mit Schreiben vom 28.01.2021 geladen wurde und gem. § 34 Absatz 1 KrO beschlussfähig ist. Mit Schreiben vom 04.02.2021 ist die Tagesordnung erweitert worden.

Er schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4 (Satzung des Kreises Coesfeld über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Gebühren für das Jahr 2021) von der Tagesordnung abzusetzen, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung sei gleichermaßen verfahren worden. Die bisherige Satzung des Kreises Coesfeld über die Benutzung des Rettungsdienstes behalte so weiterhin ihre Gültigkeit. Der Änderung der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Vor der weiteren Beratung nimmt Landrat Dr. Schulze Pellengahr die Vereidigung weiterer Mitglieder des Kreisausschusses vor und weist auf die auf den Tischen ausliegenden Urkunden zur Ernennung zu Ehrenbeamten des Kreises Coesfeld hin. Die vier Kreisausschussmitglieder Höne, Kleebaum, Willms und Dr. Spallek sprechen den folgenden Diensteid:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Landrat Dr. Schulze Pellengahr weist auf folgende auf den Tischen ausliegende Unterlagen hin:

- zu TOP 3 (öffentlich): „Anregung nach § 21 KrO - Antrag auf finanzielle Unterstützung der Bezirksschüler*innenvertretung“ ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- zu TOP 8 (öffentlich): „Kinder- und Jugendförderplan“ Änderungsseiten der Anlage 2 zur SV-10-0105
- zu TOP 13 (öffentlich): Stellungnahme des Runden Tisches gegen Gewalt an Frauen und Kindern im Kreis Coesfeld zum „Antrag der Ev. Frauenhilfe auf anteilige Finanzierung der Prostituiertenberatungsstelle Tamar“
- zu TOP 29 „Entwurf Haushalt 2021“:
 - SV-10-0137/1
 - Änderungsliste 2/2021 zum Entwurf des Haushaltsplans 2021
 - Übersicht der eingegangenen Anträge zum Haushalt 2021
 - Antrag von Frauen e.V. und Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung der Fragen von Einwohnern
- 2 Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden; hier: Anhörung gemäß § 55 Absatz 2 Satz 2 Kreisordnung (KrO) NRW
Vorlage: SV-10-0148
- 3 Anregung nach § 21 KrO - Antrag auf finanzielle Unterstützung der Bezirksschüler*innenvertretung
Vorlage: SV-10-0142
- 4 Ersatzbeschaffung eines Kommunikationsmanagementsystems für die Leitstelle für den Brandschutz, die Hilfeleistung, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst
Vorlage: SV-10-0107
- 5 Wahl der Mitglieder des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde
Vorlage: SV-10-0091
- 6 Auswirkungen der Novellierung des Landeswassergesetzes auf den Kreis Coesfeld;
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.01.2021
Vorlage: SV-10-0152
- 7 Kinder- und Jugendförderplan 2021 bis 2025 des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-10-0105
- 8 Einrichtung des Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule Gesundheit/Soziales (Anlage C2) im Schwerpunkt Gesundheit" zum Schuljahr 2021/22 am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg des Kreises Coesfeld in Coesfeld
Vorlage: SV-10-0100
- 9 Aufteilung Eingliederungs- und Verwaltungsbudget SGB II
Vorlage: SV-10-0075
- 10 Antrag der Diakonie: Zuschuss zur Schuldnerberatung
Vorlage: SV-10-0087
- 11 Aussetzung der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung u. zur Betreuung in der gebundenen und offenen Ganztagschule sowie außerunterrichtl. Betreuungsangeboten der Primar- und Sekundarstufe I im Zuge von COVID-19 für den Monat Januar 2021
Vorlage: SV-10-0132
- 12 Antrag der Ev. Frauenhilfe auf anteilige Finanzierung der Prostituiertenberatungsstelle Tamar
Vorlage: SV-10-0161
- 13 Finanzberichtserstattung im Jahr 2021
Vorlage: SV-10-0157

- 14 Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K 1 AN 2 in Havixbeck
Vorlage: SV-10-0119
- 15 Baubeschluss zur Abwicklung der Radwegbaumaßnahme an der K 12 AN 4 in Dülmen-Rorup
Vorlage: SV-10-0121
- 16 Baubeschluss zur Abwicklung von Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen
Vorlage: SV-10-0122
- 17 Beitrag des Kreises Coesfeld für den Förderaufruf „Modellprojekte Smart Cities“
Vorlage: SV-10-0151
- 18 WestfalenTarif im Münsterland - Tarifmaßnahme 01.08.2021
Vorlage: SV-10-0140
- 19 Schnellbuslinienförderung - zusätzliche Leistungen auf der SchnellBus-Linie S60 Nottuln-Münster
zum 12.04.2021
Vorlage: SV-10-0158/1
- 20 Münsterland - Wasserstoffland! Teilnahme an einer münsterlandweiten Machbarkeitsstudie zur
Identifikation von geeigneten Standorten für Power-to-Gas-Anlagen; Antrag der CDU-
Kreistagsfraktion vom 18.01.2021
Vorlage: SV-10-0146
- 21 Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.12.2020 zu emissionsarmen, alternativen Antriebs-
formen
Vorlage: SV-10-0138
- 22 Entsendung von Kreisdirektor Dr. Tepe als Vertreter der RVM GmbH in den Aufsichtsrat der WVG
GmbH
Vorlage: SV-10-0133
- 23 Konzept zum Ausgleich des Corona-Bedingten Schadens bei der FMO Flughafen Münster Osnab-
rück GmbH
Vorlage: SV-10-0139
- 24 Heimatförderung: Neubesetzung der Jury für den Heimat-Preis des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-10-0160
- 25 Netzwerk Chancengerechtigkeit und Koordinierungs- und Steuerungsarbeitsgruppe
Vorlage: SV-10-0089/1
- 26 Antrag auf Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Kreis Coesfeld; hier: Antrag der CDU-
Kreistagsfraktion
Vorlage: SV-10-0143
- 27 Städteappell zum „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ der Vereinten Nationen
-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: SV-10-0156
- 28 Entwurf Haushalt 2021
Vorlage: SV-10-0137/1

- 29 Mitteilungen des Landrats
- 30 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Ernennung des Kreisbrandmeisters, Entschädigung für Kreisbrandmeisterinnen und Kreisbrandmeister
Vorlage: SV-10-0112
- 2 Ernennung eines Stellvertreters des Kreisbrandmeisters, Entschädigung für stellvertretende Kreisbrandmeisterinnen und Kreisbrandmeister
Vorlage: SV-10-0113
- 3 Mitteilungen des Landrats
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Presseveröffentlichungen

TOP 1 öffentlicher Teil**Beantwortung der Fragen von Einwohnern**

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-0148

Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden; hier: Anhörung gemäß § 55 Absatz 2 Satz 2 Kreisordnung (KrO) NRW

Landrat Dr. Schulze Pellengahr begrüßt Bürgermeister Gottheil aus Rosendahl und Bürgermeister Sendermann aus Olfen zu diesem Tagesordnungspunkt und erklärt, dass es vorgesehen sei, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im haushaltsrechtlichen Verfahren die Möglichkeit zu geben, ihren Standpunkt aus kommunaler Sicht darzustellen.

BM Sendermann bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und erläutert im Folgenden das modifizierte Vorgehen zu den Haushaltsberatungen. So sei eine Haushaltskommission mit der Bürgermeisterin aus Billerbeck und den Bürgermeistern aus Dülmen, Senden und Rosendahl gegründet worden, die zukünftig auch laufend über den Haushalt des Kreises beraten werde. Mit dem der schriftlichen Stellungnahme der Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld beigefügten „Letter of Intent (LOI)“ werde das Ergebnis der Beratungen der Haushaltskommission deutlich. Dies sei sehr zu begrüßen. Im Weiteren betont BM Sendermann die Verantwortung des Kreises, den gesamten Kreis gleichermaßen weiterzuentwickeln. So sei bei der Planung von Projekten des Kreises die (finanzielle) Lage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, insbesondere die der finanziell schlechter gestellten Kommunen, unbedingt zu berücksichtigen. Er erinnert daran, dass alle Projekte immer auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu rechtfertigen seien und aus diesem Grund eine Obergrenze für kreisweite Ausgaben zu finden sei. Er äußert den Wunsch einer auf Einvernehmen ausgerichteten Kommunikation zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen, die aber auch kontroverse und kritische Diskussionen beinhalte. Ziel müsse sein, das gegenseitige Verständnis füreinander zu schärfen und gleichzeitig einen offenen, ehrlichen Meinungs austausch zu führen. Die diesjährigen Beratungen hätten gezeigt, dass die kommunale Familie im Kreis Coesfeld auf einem guten Weg sei.

BM Gottheil geht im Folgenden näher auf die Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur beabsichtigten Festsetzung der Kreisumlage(n) vom 14.01.2021 ein. Er betont, dass die Stellungnahme statt auf Konfrontation, eher auf ein gemeinsames Einvernehmen gezielt sei. So sei explizit auf konkrete Forderungen seitens der Städte und Gemeinden für den Haushalt 2021 verzichtet worden. Anschließend stellt er die Entwicklung des Eigenkapitals des Kreises, insbesondere die Ausgleichs- und die Allgemeine Rücklage, dar und merkt hierbei kritisch an, dass sich die Ausgleichsrücklage vor allem durch die Kreisumlage erhöht habe. Dieser Punkt sei –als Beratungsergebnis der Abstimmungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister- auch im Letter of Intent dargelegt worden. So werde dort vorgeschlagen, die Ausgleichsrücklage auf 1 Prozent der Bilanzsumme abzusenken, was einen monetären Bestand von zurzeit ca. 4 Mio. Euro bedeuten würde. Hierbei sei noch festzulegen, in welchem Zeitraum dies erfolgen solle. Weiter führt Bürgermeister Gottheil aus, dass im Hinblick auf die durch die Corona-Pandemie zu erwartenden finanziellen und strukturellen Auswirkungen ein

Gleichschritt aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden und des Kreises nötig sei. Es bestehe zwar die Möglichkeit, die coronabedingten Finanzschäden langfristig abzuschreiben. Es bestehe jedoch Einigkeit aller Beteiligten darüber, dass der Zeitraum im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht zu lang zu fassen sei. Ergänzend geht er auf den Aspekt von Personal und Stellenzuwachs des Kreises ein und gibt an, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch diesen Aspekt im Blick hätten. Zuletzt spricht sich auch BM Gottheil für einen konstruktiven Meinungsaustausch auf Augenhöhe, der auf gegenseitigem Verständnis beruht, aus. Er richtet sodann seine deutliche Bitte an das Gremium, die Kommunen bei Entscheidungen rechtzeitig mit einzubeziehen.

LR Dr. Schulze Pellengahr bedankt sich für die Ausführungen der Bürgermeister und die konstruktiven Gespräche im Vorfeld der Haushaltsberatungen. Gleichzeitig äußert er seine Zustimmung zur Fortführung eines konstruktiven Dialogs, bei dem eine offene Kommunikation und Transparenz im Vordergrund stünden.

Ktabg. Waldmann äußert für die SPD-Fraktion seine Zustimmung für das Vorgehen und hebt politische Handlungsfelder hervor, bei denen ein gemeinschaftliches Vorgehen zu begrüßen sei, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Hier nennt er vor allem die Themen Wohnen und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Digitalisierung und schulischen IT-Support.

Ktabg. Kleebaum erklärt, dass eine Bereitschaft zum gemeinsamen Dialog wie in der Vergangenheit unumstritten sei, betont hingegen auch, dass sich die Arbeit in den Gremien des Kreises dadurch auszeichne, die Belange aller elf Städte und Gemeinden stets im Blick zu haben. Der Kreistag respektive Kreisausschuss sei ein eigenständiges Organ, das das ganze Kreisgebiet im Blick habe und sich nicht jeder Kontrolle durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unterwerfe. Viele Kreistagsmitglieder seien auch Ratsmitglieder in den Gemeinden. Eine Abwägung aller Belange sei allerdings nicht immer einfach. Ktabg. Kleebaum zeigt sich zuversichtlich, dass die eingesetzte Arbeitsgruppe vertrauensvoll zusammenarbeiten werde, um parteiübergreifend gute Beratungsergebnisse zu erzielen. Daneben halte er die Hebesätze für die Kreisumlage im Kreis Coesfeld im Vergleich mit anderen Regionen in NRW für vorbildlich.

Ktabg. Vogelpohl erklärt, dass er den Letter of Intent für eine gute Arbeitsgrundlage halte und erkundigt sich bei BM Gottheil, woraus sich die angedachte Begrenzung der Ausgleichsrücklage von 1 Prozent ergebe. BM Gottheil erläutert, dass dies das Ergebnis der Gespräche mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sei und eine Richtschnur darstelle. Zu den Hebesätzen merkt er an, dass viel von dem haushalterischen Gesamtvolumen der nächsten Jahre abhängen und nicht nur der Hebesatz, sondern der Zahlbetrag als solcher entscheidend sei.

Ktabg. Höne befürwortet den Letter of Intent sogleich und regt an, den Fokus der Diskussionen zu erweitern. Im Ergebnis sei abzuwägen, was der Kreis im Gegenzug für den Zahlbetrag leiste und welche Aufgaben der Kreis hierfür übernehme.

BM Sendermann ergänzt hierzu, dass ein ganzheitliches Denken hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung sinnvoll sei. Es gehe insgesamt nicht um eine kurze, unmittelbare Betrachtung, sondern eine Betrachtung der Aufgaben in der Gemeinschaft auf langfristige Sicht. Er betont erneut, dass neue Herausforderungen der nächsten Jahre gemeinsam angegangen werden müsse.

BM Gottheil fügt hinzu, dass auch andere, kreative Arten der Zusammenarbeit denkbar seien. Hier nannte er Beispiele der interkommunalen Zusammenarbeit in den Bereichen Lohnabrechnung, Datenschutz und Vergabe. Diese Ansätze fanden allgemeine Zustimmung.

Sodann stellt Landrat Dr. Schulze Pellengahr den Beschlussvorschlag der Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Den kreisangehörigen Städten und Gemeinden ist vor der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in öffentlicher Sitzung Gelegenheit zur Anhörung zu geben (vgl. § 55 Absatz 2 Satz 2 KrO NRW). Der Anspruch auf Anhörung wird in der öffentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 10.02.2021 erfüllt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3 öffentlicher Teil
SV-10-0142**Anregung nach § 21 KrO - Antrag auf finanzielle Unterstützung der Bezirksschüler*innenvertretung**

Landrat Dr. Schulze Pellengahr weist auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, der zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegt. Sodann erläutert er zunächst die Hintergründe der Anregung und berichtet von einem persönlichen Gespräch mit dem Anregenden. In diesem Gespräch seien weitere Möglichkeiten einer Unterstützung der Bezirksschülervertretung diskutiert worden. Mittlerweile sei der Anregende von seiner Position als Bezirksschülervertreter zurückgetreten. Er ergänze diese Punkte, um eine Gesamtbeurteilung der Anregung möglich zu machen. Gleichzeitig spricht er sich dafür aus, die Bezirksschülervertretung wie in der Vergangenheit durch praktische Hilfe zu unterstützen. Das Land Nordrhein-Westfalen sei für die ausreichende finanzielle Unterstützung der Bezirksschülervertretung zuständig. Hierauf habe er bereits in der Vergangenheit bei Gelegenheit gegenüber den Landtagsabgeordneten und Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen hingewiesen.

Ktabg. Vogelpohl erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Ziffer 1 des Antrages unter den gegebenen Umständen zurückgezogen werde. Die Ziffer 2 werde jedoch weiter aufrechterhalten. Ktabg. Waldmann äußert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung für Ziffer 2 des Antrages. Der Arbeit der Bezirksschülervertretung könne eine entsprechende Wertschätzung entgegengebracht werden, indem diese zu den Sitzungen der betreffenden Fachausschüsse eingeladen werde.

Anschließend stellt Landrat Dr. Schulze Pellengahr Ziffer 2 des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung.

„Der Kreis Coesfeld fordert das Land NRW auf, den Bezirksschülervertretungen ab dem Haushaltsjahr 2022 angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen. Über die Antwort des Landes wird im Ausschuss für Bildung etc. berichtet.“

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Sodann stellt Landrat Dr. Schulze Pellengahr den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Anregung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag auf Gewährung eines Zuschusses wird unter Verweis auf die rechtliche Zuständigkeit abgelehnt und die Anregung an das Land NRW als zuständige Stelle weitergeleitet.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4 öffentlicher Teil
SV-10-0107**Ersatzbeschaffung eines Kommunikationsmanagementsystems für die Leitstelle für den Brandschutz, die Hilfeleistung, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst****Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Schritte für die Ersatzbeschaffung eines Kommunikationsmanagementsystems für die Leitstelle für den Brandschutz, die Hilfeleistung, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst unter Beteiligung der Rechnungsprüfung einzuleiten und nach den Regeln des Vergaberechts zu vollziehen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 5 öffentlicher Teil
SV-10-0091**Wahl der Mitglieder des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde****Beschluss:**

Der Kreisausschuss wählt im Wege der Delegation nach § 50 Abs. 4 KrO NRW aus den als Anlage beigefügten Vorschlägen der vorschlagsberechtigten Vereinigungen folgende 16 Mitglieder des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Coesfeld und 16 stellvertretende Mitglieder:

Vereinigung	Lfd. Nr.	Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
LNU NRW	1	Jung, Manfred Coesfeld	Nowak, Helmut Coesfeld
	2	Räkers, Josef Billerbeck	Besse, Ludger Olfen
	3	Benze, Klaus Dülmen	Rövekamp, Thomas Dülmen
NABU Kreis Coesfeld	4	Averkamp, Rudolf Coesfeld	Prost, Christian Coesfeld
	5	Meier, Elmar Nottuln	Boree, Wilhelm Coesfeld
BUND NRW	6	Maasmann, Justin Dülmen	Schlüter, Heinz Lüdinghausen
	7	Brüning, Bernd Lüdinghausen	Growe, Sebastian Dülmen
SDW NRW	8	Grünert, Stefan Ascheberg	Leushacke, Clemens A. Dülmen
WLV Kreis Coesfeld	9	Holz, Anton Lüdinghausen	Schulze Meinhövel, Berthold Lüdinghausen
	10	Bontrup, Martin Dülmen	Peter, Johannes Coesfeld
Waldbauernverband NRW	11	Freiherr von Hövel, Hermann-Josef Havixbeck	Himker, Franz Havixbeck
Landesverband Gar- tenbau NRW	12	Becks, Jürgen Billerbeck	Gottschling, Dirk Coesfeld
Landesjagdverband NRW	13	Schulze Thier, Franz Josef Billerbeck	Schulze Entrup, Antonius Dülmen
Fischereiverband NRW	14	Scholz, Ulrich Lüdinghausen	Rietmann, Hubert Coesfeld
Landessportbund NRW	15	Twent, Engelbert Billerbeck	Wortmann, Jens Coesfeld
Landesverband Westf. u. Lippischer Imker	16	Ansmann, Dieter Nottuln	Cramer, Ruth Havixbeck

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
 Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-0152

Auswirkungen der Novellierung des Landeswassergesetzes auf den Kreis Coesfeld; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.01.2021**Beschluss:**

Der Kreisausschuss des Kreises Coesfeld beschließt im Wege der Delegation nach § 50 Abs. 4 KrO NRW, die Verwaltung zu beauftragen, die Auswirkungen der Novellierung des LWG auf eine nachhaltige Wasserwirtschaft im Kreis Coesfeld vor allem bei

1. der Bewirtschaftung der Gewässerrandstreifen
 2. der Grundwasserentnahme durch gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe
 3. der Schaffung einer höheren Artenvielfalt
 4. weniger Eintragungen von Pflanzenschutz- und Düngemitteln
- darzustellen.

Die Verwaltung soll zusätzlich darlegen, welche Folgen die Novellierung für den Ausbau naturnaher Gewässer gemäß der EU-Wasserrahmen-Richtlinie hat, und wie die Landesregierung den Kreis Coesfeld bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben unterstützt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-0105

Kinder- und Jugendförderplan 2021 bis 2025 des Kreises Coesfeld

Landrat Dr. Schulze Pellengahr weist auf die durch Beschluss des Fachausschusses geänderte Anlage hin und lässt hiernach abstimmen.

Beschluss:

1. Der Entwurf zum Kinder- und Jugendförderplan 2021 bis 2025 mit den dazugehörigen Förderbestimmungen wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Der Kinder- und Jugendförderplan 2021 bis 2025 des Kreises Coesfeld tritt zum 01. Januar 2021 in Kraft und löst damit den bisherigen Kinder- und Jugendförderplan mit seinen Förderbestimmungen ab.

2. Zur Erfüllung der Aufgaben des Kinder- und Jugendförderplanes werden für die o.g. Bereiche Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und Familienarbeit in der laufenden Legislaturperiode bis einschließlich 2025 jährlich vorbehaltlich eines unveränderten Zu-

ständigkeitsbereiches des Kreisjugendamtes und unveränderter Einnahmen durch Dritte mindestens Budgetmittel in Höhe von 1.540.729,00 EUR (Zuschussbedarf excl. der kreiseigenen Personal-, Sach- und Maßnahmenkosten) bereitgestellt.

Entsprechend dem tatsächlichen Finanzbedarf sind tarifliche Personalkostenerhöhungen sowie allgemeine Kostensteigerungen jährlich neu zu berechnen und zu berücksichtigen.

3. Zur Sicherstellung der kontinuierlichen Angebote und Einrichtungen der Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird die Verwaltung ermächtigt, bereits während des Zeitraumes der vorläufigen Haushaltsführung in den Haushaltsjahren 2021 bis 2025 den o.g. Trägern ausschließlich Zuwendungen aus Kreismitteln (Abschlagszahlungen) zu den in den Förderbestimmungen zum Kinder- und Jugendförderplan festgelegten Stichtagen zu gewähren (siehe Förderposition 11 Betriebskosten von Angeboten Diensten und Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und Förderungsposition 12 Besondere Bedarfe im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit).

Die Gewährung von Landeszuwendungen an die freien Träger der Jugendhilfe erfolgt erst nach Zuteilung durch das zuständige Ministerium des Landes NRW.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung:

Der Kinder- und Jugendförderplan wurde als Anlage zur Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten zur Beratung zur Verfügung gestellt. Er wird daher lediglich dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

TOP 8 öffentlicher Teil

SV-10-0100

Einrichtung des Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule Gesundheit/Soziales (Anlage C2) im Schwerpunkt Gesundheit" zum Schuljahr 2021/22 am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg des Kreises Coesfeld in Coesfeld

Ktabg. Lunemann erkundigt sich, ob die Einrichtung dieses Bildungsgangs auch für das Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg in Lüdinghausen denkbar sei.

Herr Schütt erklärt hierzu, dass dies ggf. mit der Schulleitung zu thematisieren wäre, zunächst aber Erfahrungen mit dem „Pilotprojekt“ am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg abgewartet werden sollen.

Beschluss:

Der Einrichtung des Bildungsgangs „Zweijährige Berufsfachschule Gesundheit/Soziales (Anlage C2) im Schwerpunkt Gesundheit“ zum Schuljahr 2021/22 am Oswald-von-Nell-Breuning-Berufskolleg des

Kreises Coesfeld in Coesfeld wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 9 öffentlicher Teil
SV-10-0075

Aufteilung Eingliederungs- und Verwaltungsbudget SGB II

Beschluss:

Die Bundesmittel für die berufliche Eingliederung sollen im Jahre 2021 – vorbehaltlich finanzieller und rechtlicher Änderungen und der Bedarfe – wie folgt auf die Teilbudgets aufgeteilt werden:

I.	Eingliederungsleistungen aus dem Vermittlungsbudget:	370.000 €
II.	Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung:	2.650.000 €
III.	Leistungen zur beruflichen Eingliederung:	1.345.000 €
IV.	Bildungsgutscheine:	629.134 €
V.	JobPerspektive § 16e SGB II a.F.:	197.282 €
VI.	Freie Förderung § 16f:	204.000 €
VII.	Förderung § 16h:	306.000 €
VIII.	Spezielle Angebote für Flüchtlinge:	774.138 €
IX.	Erstattungen aus Vorjahren:	20.000 €
Summe:		6.495.554,00 €

Die abschließende Beschlussfassung im Kreistag erfolgt nach den Beratungen im Örtlichen Beirat, im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit sowie im Kreisausschuss.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 10 öffentlicher Teil
SV-10-0087**Antrag der Diakonie: Zuschuss zur Schuldnerberatung****Beschluss:**

Dem Diakonischen Werk des Ev. Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken e.V., Bohlenstraße 34, 48565 Steinfurt, wird für die Durchführung der Schuldner- und Insolvenzberatung im Kreis Coesfeld für das Jahr 2021 ein Zuschuss in Höhe von insgesamt 211.728 € (Schuldnerberatung 165.000 €, Insolvenzberatung 46.728 €) gewährt.

Ab dem Jahr 2022 ff. wird der Zuschuss zur Schuldner- und Insolvenzberatung unter Berücksichtigung der in den Kosten jeweils enthaltenen Personalaufwendungen jährlich den Tarifsteigerungen des BAT-KF (Bundes-Angestellten-Tarifvertrag in kirchlicher Fassung) angepasst

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 11 öffentlicher Teil
SV-10-0132**Aussetzung der Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung u. zur Betreuung in der gebundenen und offenen Ganztagschule sowie außerunterrichtl. Betreuungsangeboten der Primar- und Sekundarstufe I im Zuge von COVID-19 für den Monat Januar 2021**

Ktabg. Vogelpohl erklärt, dass eine offenbar zunehmende Inanspruchnahme der angebotenen Notbetreuung von mehr als der Hälfte der zu betreuenden Kinder nicht zur beschlossenen Aussetzung der Beitragserhebung passte. Landrat Dr. Schulze Pellengahr stimmt insoweit zu, dass bei entsprechender Inanspruchnahme des Betreuungsangebots eine Beitragsfreiheit nicht gerechtfertigt sei. Der Wunsch nach einer Differenzierung sei verständlich.

Es ergibt sich eine allgemeine Diskussion in dieser Angelegenheit.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr stellt sodann die Genehmigung der Dringlichkeitsbescheinigung sodann zur Abstimmung.

Beschluss:**für die Dringlichkeitsentscheidung**

Der Kreis Coesfeld setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der Satzungen des Kreises Coesfeld für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindertagespflege gemäß §§ 22, 23 und 24 SGB VIII (KJHG) sowie §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 und 3, 15, 22 ff KiBiz,
- Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen gemäß §§ 22,22a und 24 SGB VIII (KJHG) sowie § 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 und 3, 15 ff KiBiz,
- Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) im und für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.01.2021 aus. Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wird.

Diese Entscheidung ergeht als dringliche Entscheidung gemäß § 50 Abs. 3 KrO NRW und ist dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

für den Kreistag

Die Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW genehmigt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 12 öffentlicher Teil

SV-10-0161

Antrag der Ev. Frauenhilfe auf anteilige Finanzierung der Prostituiertenberatungsstelle Tamar

Landrat Dr. Schulze Pellengahr weist auf die auf den Tischen ausliegende Stellungnahme des „Runden Tisches gegen Gewalt an Frauen und Kindern im Kreis Coesfeld“ hin und erklärt zunächst die Hintergründe des Antrages und die Finanzierungssituation der Beratungsstelle. Er informiert, dass offenbar zwischenzeitlich eine Folgefinanzierung in Aussicht gestellt worden sei. Aus den Rückmeldungen der Nachbarkreise und der Stadt Münster gehe unter anderem hervor, dass die Schaffung von Doppelstrukturen bei der Finanzierung vermieden werden sollte. Zusammenfassend stellt Landrat Dr. Schulze Pellengahr fest, dass das Beratungsangebot fortgesetzt werden sollte, es aber auch seitens des Gesundheitsamtes ein Beratungsangebot in diesem Bereich gebe. Hierbei handele es sich jedoch nicht um eine Pflichtaufgabe des Kreises. Er macht den Vorschlag, das weitere Vorgehen mit den Nachbarkreisen abzustimmen und insbesondere auch die künftige Bemessung ggf. nach Fallzahlen, statt nach Einwohnern, vorzunehmen.

Herr Schütt ergänzt, dass eine Vorstellung der Beratungsstelle für die nächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit im Juni vorgesehen sei.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr schlägt vor, den Antrag aufgrund der vorgenannten Aspekte zunächst zurückzustellen und stellt den Vorschlag sodann zur Abstimmung.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 13 öffentlicher Teil
SV-10-0157

Finanzberichtserstattung im Jahr 2021

Beschluss:

Der Stichtag für die Erstellung eines ersten Finanzberichtes des Jahres 2021 wird vom 30.04.2021 auf den 30.06.2021 verschoben.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 14 öffentlicher Teil
SV-10-0119

Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K 1 AN 2 in Havixbeck

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Erneuerung der Fahrbahndecke auf der K 1 AN 2 in Havixbeck zu veranlassen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 15 öffentlicher Teil
SV-10-0121

Baubeschluss zur Abwicklung der Radwegbaumaßnahme an der K 12 AN 4 in Dülmen-Rorup

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Erneuerung des Radweges an der K 12 AN 4 in Rorup zu veranlassen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 16 öffentlicher Teil
SV-10-0122

Baubeschluss zur Abwicklung von Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Abwicklung von Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen für den Zeitraum 2021/2022 zu veranlassen. Die notwendigen finanziellen Mittel für das Folgejahr sind im Haushalt 2022 einzustellen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 17 öffentlicher Teil
SV-10-0151

Beitrag des Kreises Coesfeld für den Förderaufruf „Modellprojekte Smart Cities“

Landrat Dr. Schulze Pellengahr weist auf eine abschließende finale Beratung in der Kreisausschusssitzung am 17.02.2021 hin.

Beschluss:

Eine Beteiligung des Kreises Coesfeld am Förderaufruf „Modellprojekte Smart Cities“ wird grundsätzlich und vorbehaltlich eines Beschlusses über die Bereitstellung der notwendigen Eigenanteile begrüßt. Dem vorgeschlagenen Zeitplan einer Beschlussfassung über die Eigenanteile unmittelbar im Kreistag am 17.02.2021 wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 18 öffentlicher Teil

SV-10-0140

WestfalenTarif im Münsterland - Tarifmaßnahme 01.08.2021**Beschluss:**

1. Der Beschlussvorlage der Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH wird zugestimmt.
2. Der Kreistag beschließt ein entsprechendes Handlungsmandat für die Vertreterinnen/ Vertreter des Kreises Coesfeld in den Tarifgremien.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Sitzung des Tarifausschusses Münsterland, der Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe und im WestfalenTarif-Ausschuss entsprechend abzustimmen.
4. Der ZVM Bus wird beauftragt, die Beförderungsentgelte / Tarife, die Bestandteil eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDA) sind, gem. § 39 Abs. 1 Satz 3 PBefG der Bezirksregierung Münster als Genehmigungsbehörde anzuzeigen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen
 7 NEIN-Stimmen

TOP 19 öffentlicher Teil

SV-10-0158/1

Schnellbuslinienförderung - zusätzliche Leistungen auf der SchnellBus-Linie S60 Nottuln-Münster zum 12.04.2021**Beschluss:**

Der ZVM Bus wird beauftragt, die unter Punkt I. der Sitzungsvorlagen SV-10-0158 aufgeführten SchnellBus-Leistungen ergänzt um eine Fahrt am Freitag um 23.15 Uhr Münster-Nottuln auf Grundlage des mit der RVM bestehenden öffentlichen Dienstleistungsauftrages zum 12.04.2021 in Auftrag zu geben.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis. einstimmig

TOP 20 öffentlicher Teil

SV-10-0146

Münsterland - Wasserstoffland! Teilnahme an einer münsterlandweiten Machbarkeitsstudie zur Identifikation von geeigneten Standorten für Power-to-Gas-Anlagen; Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 18.01.2021**Beschluss:**

Der Kreis Coesfeld nimmt in Abstimmung mit den Kreisen Borken, Warendorf und Steinfurt und ggf. mit der Stadt Münster an der münsterlandweiten Machbarkeitsstudie zur Identifikation potenzieller Power-to-Gas-Anlagen teil. Neben der Suche nach geeigneten Standorten muss die Studie auch Modelle zur auskömmlichen Betreibung solcher Anlagen aufzeigen. Insbesondere sollte die Bewertung der Anlagen nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach strategischen, das ganze Münsterland betreffenden Kriterien erfolgen – mit dem Ziel der Entwicklung einer münsterlandweiten Infrastruktur für Wasserstoff und Biomethan.

Hierfür ist eine Summe von maximal 35.000 € in den Haushalt 2021 einzustellen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis. einstimmig

TOP 21 öffentlicher Teil
SV-10-0138

Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.12.2020 zu emissionsarmen, alternativen Antriebsformen

Beschluss:

1. Der Kreis Coesfeld beauftragt in Abstimmung mit den anderen Münsterlandkreisen und ggf. der Stadt Münster eine Potenzialstudie zu Erzeugungsstandorten für Wasserstoff und Biomethan im Kreis Coesfeld.
2. Der Kreis Coesfeld nimmt gemeinsam mit den Mitgesellschaftern Gespräche mit der RVM Regionalverkehr Münsterland auf, um Einsatzmöglichkeiten alternativer Antriebe im Busverkehr zu prüfen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis. einstimmig

TOP 22 öffentlicher Teil
SV-10-0133

Entsendung von Kreisdirektor Dr. Tepe als Vertreter der RVM GmbH in den Aufsichtsrat der WVG GmbH

Beschluss:

Der Entsendung von Kreisdirektor Dr. Tepe als Vertreter der RVM GmbH in den Aufsichtsrat der WVG GmbH wird zugestimmt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis. einstimmig

TOP 23 öffentlicher Teil
SV-10-0139

Konzept zum Ausgleich des Corona-Bedingten Schadens bei der FMO Flughafen Münster Osnabrück GmbH

Landrat Dr. Schulze Pellengahr weist zunächst auf den vorliegenden Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2021 zur Einleitung eines Konversionsverfahrens hin und stellt diesen sodann zur Abstimmung.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 4 JA-Stimmen
 13 NEIN-Stimmen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann stellt Landrat Dr. Schulze Pellengahr den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Kreis Coesfeld beteiligt sich an der Zuführung von Eigenkapital an die Flughafen Münster Osnabrück GmbH in Höhe von 46.180 € für das Jahr 2021.
2. Die Vertreter des Kreises Coesfeld in den Gremien der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.
3. Sämtliche Beschlüsse stehen unter der Bedingung, dass sich alle großen Gesellschafter, die aktuell für die Finanzierung des Finanzierungskonzeptes 2.0 und des Corona-bedingten Schadens vorgesehen sind, daran beteiligen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 13 JA-Stimmen
 4 NEIN-Stimmen

TOP 24 öffentlicher Teil

SV-10-0160

Heimatsförderung: Neubesetzung der Jury für den Heimat-Preis des Kreises Coesfeld**Beschluss:**

Die fünf im Kreistag vertretenen Fraktionen benennen jeweils eine von ihnen benannte Vertretung für die Jury des Heimat-Preises des Kreises Coesfeld.

Ausschuss bzw. Fraktion	Name	Vertreter
Vorsitzender des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung	Klaus-Viktor Kleerbaum	
CDU	Anneliese Haselkamp	Werner Schulze Esking
GRÜNE	Anke Zandman	Norbert Vogelpohl
SPD	Monika Verspohl	Hermann-Josef Vogt
FDP	Oliver Nawrocki	Ingo Schürkötter
UWG	Dr. Günter Kirstein	Heinz-Jürgen Lunemann

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis. einstimmig

TOP 25 öffentlicher Teil

SV-10-0089/1

Netzwerk Chancengerechtigkeit und Koordinierungs- und Steuerungsarbeitsgruppe**Beschluss:**

Zwei Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration sowie deren Vertretungen werden für die Koordinierungs- und Steuerungsarbeitsgruppe (KoStAG) benannt. Zusätzlich wird je ein Mitglied des Ausschusses in jede zielgruppenspezifische Arbeitsgruppe des Netzwerks Chancengerechtigkeit entsandt.

Folgende Vertreterinnen und Vertreter hat der Ausschuss für Bildung, Schule und Integration in seiner Sitzung am 21.01.21 vorgeschlagen:

KoStAG:

1. Herr Lütkecosmann (Vertretung Herr Merschhemke)
2. Frau Schäpers (Vertretung Frau Volkhardt)

AG 0-6: Herr Merschhemke

AG 6-18: Frau Volkhardt

AG 18-27: Frau Verspohl

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 26 öffentlicher Teil

SV-10-0143

Antrag auf Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Kreis Coesfeld; hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion**Beschluss:**

Die Verwaltung entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss eine Strategie zur Förderung des Ehrenamts sowie innovative Maßnahmen, die das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement im Kreis Coesfeld stärker fördern.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 27 öffentlicher Teil

SV-10-0156

**Städteappell zum „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ der Vereinten Nationen
-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert die rechtlichen Bestimmungen zum angeregten Vorhaben und nimmt Bezug auf den Beschluss des Kreisausschusses vom 04.12.2019 zu einer ähnlich lautenden Anregung nach § 21 KrO.

Ktabg. Vogelpohl begründet den Antrag und betont die Relevanz der Botschaft des Städteappells.

Mit Verweis auf die fehlende Verbandskompetenz des Kreises und dem damit einhergehenden Befassungsverbot schlägt Landrat Dr. Schulze Pellengahr vor, den Antrag an die aus dem Kreis Coesfeld stammenden Abgeordneten des Bundestages weiterzuleiten.

Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen. Der Landrat wird beauftragt, den Antrag zuständigkeitshalber an die aus dem Kreis Coesfeld stammenden Bundestagsabgeordneten zur weiteren Veranlassung und Bewertung weiterzuleiten.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 28 öffentlicher Teil

SV-10-0137/1

Entwurf Haushalt 2021

Landrat Dr. Schulze Pellengahr schlägt vor, über die zum Entwurf des Haushalts vorliegenden Anträge in der Reihenfolge der auf den Tischen ausgelegten Übersicht zu beschließen. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Stärkung Schulsozialarbeit und Schulberatung

-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.01.2021

Herr Schütt erklärt, dass der Antrag unter Ziffer 1 dem aktuellen Ist-Zustand entspreche, da aktuell in diesem Bereich insgesamt 5,4 Stellen besetzt seien.

Ktabg. Vogelpohl zieht in der Folge Ziffer 1 des Antrags zurück. Landrat Dr. Schulze Pellengahr lässt sodann über Ziffer 2 des Antrages abstimmen:

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 7 JA-Stimmen
 9 Nein-Stimmen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**Erwerb der Schulgebäude der Pestalozzischule
-Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.01.2021**

Es wird berichtet, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration der Beschlussvorschlag um die Peter-Pan-Schule ergänzt worden sei. Der so geänderte Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Landrat wird beauftragt, die Verhandlungen zum Erwerb der Schulgebäude der Pestalozzischule und der Peter-Pan-Schule mit den Städten Coesfeld und Dülmen aufzunehmen und den Gremien einen entscheidungsreifen Vorschlag zu unterbreiten. Ein entsprechender Haushaltsansatz ist zu bilden.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Kommunales Zentrum für schulischen IT-Support
-Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.01.2021**

Landrat Dr. Schulze Pellengahr spricht sich dafür aus, in dieser Angelegenheit die Beratungen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abzuwarten, um die Positionierung der Kommunen mit einzubeziehen. Ein Beschluss sei zu diesem Zeitpunkt nicht zielführend.

Herr Schütt ergänzt, dass zu dieser Thematik am 23.03.2021 eine gemeinsame Online-Veranstaltung des Ausschusses für Bildung, Schule und Integration und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung geplant sei.

Ktabg. Waldmann erläutert für die SPD-Kreistagsfraktion die Intention des Antrages, diese Thematik gemeinschaftlich mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden anzugehen, betont aber auch die Notwendigkeit einen entsprechenden Ansatz im Haushalt 2021 zu bilden. Es ergibt sich eine allgemeine Diskussion zum weiteren Vorgehen.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr verweist auf das bereits in Auftrag gegebene Gutachten. Dieses werde durch den Gutachter in der gemeinsamen Sitzung am 23.03.2021 vorgestellt. Er schlägt im Ergebnis vor, den Antrag bis zur genannten Sitzung zurückzustellen. Er stellt diesen Vorschlag sodann zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.01.2021 wird zurückgestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Neue Zielsetzung für regionale Schulberatungsstelle
-Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.01.2021****Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt für die Produktgruppe 40.03.01 Regionale Schulberatungsstelle die neue Zielsetzung von 20 Tagen bis zum Erstgespräch. Der benötigte personelle Mehrbedarf ist bereitzustellen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Sportaktionstage im Kreis Coesfeld
-Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.01.2021**

Ktabg. Waldmann erklärt für die SPD-Kreistagsfraktion, dass mit dem Antrag insbesondere Aktionen nach dem corona-bedingten Lockdown gefördert werden sollen. Es sei auch eine Reduzierung der beantragten Summe auf 11.000 Euro denkbar.

Ktabg. Kleebaum erwidert, dass nach Rücksprache mit dem Kreissportbund eine Finanzierung u.a. durch in Vorjahren gebildete Haushaltsüberschüsse gesichert sei.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr schlägt vor, einen Betrag von 7.000 Euro mit Sperrvermerk im Haushalt 2021 vorzusehen und stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushalt 2021 die Summe von 7.000 Euro mit Sperrvermerk zur Unterstützung und Durchführung eines Sportaktionszeitraums einzuplanen und so z.B. die Beteiligung an der europäischen Woche des Sports (Ende September) zu fördern.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Antrag wird in so geänderter Fassung beschlossen.

**Anpassung Elternbeitragssatzung
-Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.01.2021/ Ergänzung vom 01.02.2021**

Ktabg. Waldmann erläutert den Antrag und spricht sich für eine Zustimmung der anderen Fraktionen aus. Es handele sich um ein gutes Instrument der lokalen Wirtschaftsförderung, da die begünstigten Familien das Geld in der Regel „vor Ort“ ausgeben würden.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert ausführlich die mit einer entsprechenden Anpassung der Elternbeitragssatzung verbundenen Auswirkungen auf die Jugendamtsumlage und damit auf die kommunalen Haushalte. Vor diesem Hintergrund sei eine entsprechende Anpassung der Beitragssatzung nicht oder nur im engen kommunalen Austausch zu empfehlen.

Für Ktabg. Kleebaum komme lediglich eine kreiseinheitliche Vorgehensweise in Betracht. Er prognostiziert, dass sich das in 2-3 Jahren erledigt haben dürfte. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr lässt sodann über den Antrag abstimmen.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	3 JA-Stimmen
	10 Nein-Stimmen
	4 Enthaltungen

Der Antrag ist abgelehnt.

Zusätzliche Mittel zur Prävention gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen -Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.01.2021

Ktabg. Waldmann erklärt die Intention des Antrages, insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen corona-bedingten Lockdown ein „Mehr“ an Angeboten zu schaffen und damit ein entsprechendes Zeichen zu setzen.

Herr Schütt stellt ausführlich die Strukturen und Maßnahmen im Kreis Coesfeld in diesem Bereich dar und erklärt, dass seitens der Verwaltung keine Notwendigkeit für weitere Angebote gesehen werde. Landrat Dr. Schulze Pellengahr bestätigt eine regelmäßige Überprüfung und wachsame Beobachtung der vorhandenen Angebote und notwendigen Bedarfe durch den Jugendhilfeausschuss. In der Folge lässt er über den Antrag abstimmen.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	7 JA-Stimmen
	9 Nein-Stimmen

Der Antrag ist abgelehnt.

Stärkung des Radverkehrs -Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 20.01.2021

Ktabg. Vogt erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion, der es darum gehe, der Verwaltung bei der Umsetzung von unterjährigen Kleinbaumaßnahmen mehr Flexibilität und Möglichkeiten einzuräumen. Wenn der Verwaltung im Bedarfsfalle mehr Mittel zur Verfügung stehen, wäre es gut. Landrat Dr. Schulze Pellengahr schlägt vor, diesen Antrag zurückzustellen.

Beschluss:

Der Antrag wird zurückgestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Stärkung der Wirtschaft im Kreis Coesfeld nach der Corona-Pandemie
-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2021**

Es wird die zu diesem Antrag erfolgte Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung wiedergegeben. Ktabg. Kleebaum weist auf die ausführliche und inhaltliche Beratung dieses Antrages hin. Es sei Sache der Gemeinden, wo es viele gute Beispiele gebe.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erläutert ausführlich die im Bereich der Wirtschaftsförderung angebotenen Leistungen für Unternehmen einschließlich der Beratung und Vermittlung von Drittleistungen und betont, dass die Wirtschaftsförderung gut aufgestellt sei und die dort vorhandenen personellen Ressourcen zielgerichtet eingesetzt würden. Bei Bedarf, den Bereich der Beratung und Vermittlung zu verstärken, sei entsprechend nachzusteuern. Er stellt den Antrag sodann und auf Vorschlag der Ktabg. Dr. Spallek getrennt zur Abstimmung.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 4 JA-Stimmen
 12 Nein-Stimmen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**Globaler Minderaufwand und Reduzierung der Plan-Ist-Abweichungen
-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2021**

Ktabg. Dr. Spallek begründet den Antrag und appelliert an die Verwaltung, die Haushaltsplanungen auf Basis der Ergebnisse der Vorjahre vorzunehmen. Sie merkt kritisch an, dass die Ist-Daten teilweise stark von den Plan-Daten abweichen. Aus diesem Grund sei eine Plausibilität der Haushaltsplanung für sie nicht erkennbar. Sie schlägt vor, über die zwei Punkte des Antrages separat abzustimmen.

Kreisdirektor Dr. Tepe erklärt, dass dies in den Haushaltsberatungen entsprechend berücksichtigt werde. Die Verwaltung habe den Anspruch, Transparenz sicherzustellen. Starke Abweichungen von den Plan-Daten würden entsprechend begründet.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr ergänzt, dass gegebenenfalls die Darstellungsform angepasst werden könne und stellt die zwei Ziffern des Antrages separat zur Abstimmung.

Ziffer 1:

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 4 JA-Stimmen
 12 Nein-Stimmen

Ziffer 2:

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 4 JA-Stimmen
 12 Nein-Stimmen

Der Antrag ist in beiden Punkten mehrheitlich abgelehnt.

Optimierung der Haushaltsstruktur

-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2021

Es wird vorgeschlagen, den Antrag -wie im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung beschlossen- zur weiteren Beratung an die Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung von Zielen und Kennzahlen zu verweisen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Den digitalen Wandel gestalten

-Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.01.2021

Beschluss:

I. Der Kreis Coesfeld beschleunigt seine Digitalisierungsprozesse. Er bewirbt und beteiligt sich an entsprechenden Förderprogrammen des Bundes und des Landes NRW, um zusätzliche Mittel einzuwerben, die neben Eigenmitteln genutzt werden können.

II. Bereits durch das Land zugesagte Mittel in Höhe von 500.000 Euro werden für zusätzliche Aufwandspositionen (investiv / konsumtiv) genutzt.

III. Die zu forcierende Digitalisierungsstrategie des Kreises nimmt neben verwaltungsinternen Abläufen externe Angebote für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in den Fokus. Ziel ist es, die Kreisverwaltung noch intensiver als bereits jetzt als bürgernahe Dienstleistungsverwaltung weiterzuentwickeln. Dabei prüft die Kreisverwaltung insbesondere auch aktuelle Entwicklungen der Digitalisierung, wie beispielsweise den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

IV. Die hierfür notwendigen Mittel in einer Gesamthöhe von maximal 300.000 Euro werden hälftig für investive sowie konsumtive Aufwendungen durch den Kreistag im Rahmen der Haushaltsberatung und -verabschiedung für das Jahr 2021 bereitgestellt. Notwendige zusätzliche Personalressourcen werden im Stellenplan abgebildet.

V. Die Kreisverwaltung wird gebeten, die Erkenntnisse und Erfahrungen – nach Verfügbarkeit – im interkommunalen Austausch und der Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden anzubieten. Hierbei sollten insbesondere der Schul- sowie der Sozialbereich erste Schwerpunkte bilden.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Kunstaussstellung im Impfzentrum

-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2021

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Sportförderung

-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2021

Der Antrag wird mit der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Sport und Ehrenamt, die eine Übernahme der Landessportbundumlage von 7.500 € vorsieht, zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Landessportbundpauschale in Höhe von 7.500 € wird für das Kalenderjahr 2021 durch den Kreis Coesfeld übernommen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Einmalige Unterstützung zur Finanzierung der Beratungsstelle

-Antrag von Frauen e.V. vom 03.02.2021

Es wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag hingewiesen. In der Stellungnahme wird empfohlen, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 12.500 € zu gewähren und ab August erneut Gespräche mit dem Verein aufzunehmen.

Beschluss:

Dem Verein frauen e.V. wird zur Finanzierung der Beratungsstelle ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 12.500 € gewährt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Nach Beschlussfassung über die eingereichten Anträge erklärt Landrat Dr. Schulze Pellengahr, dass die tatsächliche Festsetzung der Kreisumlage und der entsprechende Satzungsbeschluss in der Sitzung des Kreisausschusses am 17.02.2021 erfolgen werde. Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

1. Die im vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2021 im Budget 05 "Allgemeine Finanzwirtschaft" (Haushaltsplanentwurf ab Seite 637) ausgewiesenen allgemeinen Finanzierungsmittel werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.
2. Die von den Fachausschüssen vorgeschlagenen Änderungen (siehe Änderungsliste 02/2021) der Zuschussbedarfe aller übrigen im Entwurf des Haushaltes 2021 ausgewiesenen Produktgruppen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis. 12 JA-Stimmen
 4 Enthaltungen

TOP 29 öffentlicher Teil**Mitteilungen des Landrats**

Landrat Dr. Schulze Pellengahr trägt folgende Mitteilung vor:

Impfgeschehen und Impfzentrum

Es wird Bezug genommen auf die Absage des Gesundheitsministeriums zur Impfung vor Ort im Bereich der Tagespflege und in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass eine aktive Rückmeldung vom Ministerium eingefordert worden sei. Diese Regelung beziehe sich auf den Erlass vom 05.02.2021; eine entsprechende Änderung sei in Aussicht gestellt worden.

Weiter teilt Landrat Dr. Schulze Pellengahr mit, dass es kürzlich eine Abstimmung zur kostenfreien Nutzung von ÖPNV für die Fahrt zum Impfzentrum in Dülmen für Personen, die das 80. Lebensjahr vollendet haben und eine Begleitperson, gegeben habe. Es sei noch zu prüfen, wie ein daraus resultierendes Defizit beim RVM zu decken sei.

TOP 30 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Landesgartenschau

Ktabg. Waldmann erkundigt sich nach dem Stand der Bemühungen um die Ausrichtung einer Landesgartenschau.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr berichtet von der Bürgermeisterkonferenz, in der das Thema erörtert wurde. Es soll zunächst ein Fachreferent dort vortragen. Kreisdirektor Dr. Tepe ergänzt, dass man in der Bürgermeisterkonferenz einhellig der Auffassung war, dass allenfalls eine Bewerbung für 2029 in Betracht kommen könne. Eine weitere Befassung sei in das nächste Jahr geschoben und eine interne Abstimmung zwischen den Kommunen angestoßen worden.

Radaktionstag

Ktabg. Vogt fragt, ob die Durchführung eines Radaktionstages geplant sei.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr erklärt hierzu, dass ein Radaktionstag natürlich wünschenswert sei, dies jedoch von der Entwicklung der coronabedingten Situation abhängig sei.

Erweiterung Westfleisch

Ktabg. Vogelpohl erkundigt sich nach der im Vorfeld zur Sitzung eingegangenen Anfrage zur Erweiterung des Unternehmens Westfleisch in Coesfeld.

Herr Helmich stellt die Lage in aller Kürze dar und verweist gleichzeitig auf die ausführliche Beantwortung der Anfrage mit Schreiben vom 05.02.2021. Das Schreiben werde der Niederschrift zur hiesigen Sitzung beigelegt.

gez.
Dr. Schulze Pellengahr
Landrat

gez.
Reiss
Schriftführung